

Unsichere Arbeitsmärkte benötigen eine stabile soziale Sicherung

1. Einleitung	218
<hr/>	
2. Entwicklungen am österreichischen Arbeitsmarkt	219
2.1 Beschäftigungszuwachs durch Teilzeitarbeit	219
2.2 Starker Anstieg und partielle Verfestigung von Arbeitslosigkeit	221
<hr/>	
3. Soziale Absicherung im Falle von Arbeitslosigkeit in Österreich	224
3.1 Nettoersatzraten im Vergleich	227
3.2 Zufriedenheit der Betroffenen	228
<hr/>	
4. Aktive Arbeitsmarktpolitik als ein relevanter Faktor	229
<hr/>	
5. Resümee	232

Iris Woltran

Mitarbeiterin der Abteilung Wirtschafts-, Sozial- und Gesellschaftspolitik (WSG) der Kammer für Arbeiter und Angestellte für Oberösterreich

Auszug aus WISO 2/2015

isw

Institut für Sozial- und Wirtschaftswissenschaften

Volksgartenstraße 40

A-4020 Linz, Austria

Tel.: +43 (0)732 66 92 73, Fax: +43 (0)732 66 92 73 - 2889

E-Mail: wiso@isw-linz.at

Internet: www.isw-linz.at

1. Einleitung

Bereits seit Jahren hat die Arbeitslosigkeit in Österreich ein erschreckend hohes Ausmaß erreicht. Aktuell, also per März 2015, sind österreichweit rund 429.000 Menschen beim Arbeitmarktservice (AMS) als arbeitslos vorgemerkt oder nehmen an einer Schulung des AMS teil. Im März 2008 – vor Ausbruch der Wirtschafts- und Finanzmarktkrise – waren es lediglich um die 266.000 Menschen, also um circa 162.000 Personen weniger. Dieser starke Anstieg ist beachtlich und hat umfassende sozial-, gesellschafts-, aber auch wirtschaftspolitische Auswirkungen.

Leider ist auch in der nächsten Zeit mit keiner wesentlichen Verbesserung am Arbeitsmarkt zu rechnen. Laut aktueller Konjunkturprognose des WIFO¹ wird auch im Jahr 2015 und 2016 mit einer hohen Arbeitslosenquote von 9,1 bzw. 9,4 Prozent (Arbeitslose laut AMS) gerechnet und auch die Zahl der unselbständig Beschäftigten steigt nur gering und zwar in einem Ausmaß von 0,5 bzw. 0,7 Prozent.

Hohe verfestigte Arbeitslosigkeit bzw. eine steigende Betroffenheit von Arbeitslosigkeit, ein geringes Beschäftigungswachstum, aber auch eine Zunahme an atypischer Arbeit, ein steigendes Arbeitskräfteangebot z.B. durch eine höhere Arbeitsmarktbeteiligung von Frauen, von Älteren, Arbeitskräftemigration etc., eine schwache Konjunktur, hohe Anforderungen an ArbeitnehmerInnen in den Bereichen Qualifizierung, Flexibilität, Mobilität, Arbeitsdruck etc. sind nur einige Punkte, die dazu führen, dass sich die Bedingungen am Arbeitsmarkt verschärfen bzw. man von einer zunehmenden Unsicherheit am Arbeitsmarkt sprechen kann.

*steigende
Unsicherheit
bedingt starke
soziale
Sicherung*

Diese steigende Unsicherheit bedingt jedoch eine starke soziale Sicherung, sowohl im Bereich der monetären Transfers als auch im Bereich der Unterstützungsangebote und Maßnahmen, um eine rasche Re-Integration zu fördern oder eine (Höher-)Qualifizierung zu ermöglichen.

ArbeitnehmerInnen sind viel stärker dem Risiko von Arbeitslosigkeit ausgesetzt als in den letzten Jahren, und auch Bildung und Qualifizierung werden zunehmend dem/der Einzelnen bzw. dem Staat überlassen.

In den nachfolgenden Kapiteln wird auf die aktuellen Entwicklungen am österreichischen Arbeitsmarkt näher eingegangen. Es wird dargelegt, wie die soziale Absicherung bei Arbeitslosigkeit in Österreich ausgestaltet ist und ob diese als ausreichend anzusehen ist. Weiters werden aktuelle Veränderungen im Bereich der aktiven Arbeitsmarktpolitik thematisiert, da natürlich auch arbeitsmarktpolitische Maßnahmen wichtige Instrumente im Bereich der sozialstaatlichen Sicherung sind. Abschließend wird Bilanz gezogen: Wichtige Schlussfolgerungen und notwendige Veränderungen werden erläutert.

2. Entwicklungen am österreichischen Arbeitsmarkt

2.1 Beschäftigungszuwachs durch Teilzeitarbeit

Im Jahr 2014 wurden in Österreich laut dem Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger² rund 3,5 Millionen unselbständige Beschäftigungsverhältnisse (inkl. Beschäftigte mit einem freien Dienstvertrag, KinderbetreuungsgeldbezieherInnen und Präsenz-/Zivildienstleistende mit einem aufrechten Beschäftigungsverhältnis) erfasst. Gegenüber dem Jahr 2013 ist dies ein Anstieg um circa 0,6 Prozent bzw. um rund 20.400 Arbeitsverhältnisse. Weiters wurden noch rund 333.300 geringfügige Beschäftigungsverhältnisse³ und 30.800 geringfügige freie Dienstverträge registriert. Dies ergibt zusammen rund 3,8 Millionen Beschäftigungsverhältnisse. Wobei anzumerken ist, dass es sich dabei um die Summe aller Beschäftigungsverhältnisse handelt und eine Person zum Beispiel gleichzeitig bei zwei DienstgeberInnen beschäftigt sein kann und somit doppelt gezählt wird.

Analysiert man die Daten von Statistik Austria⁴ im Hinblick auf die Entwicklung von Normalarbeitsverhältnissen und atypischer Arbeit, so wird ersichtlich, dass der leichte Beschäftigungszuwachs der letzten Jahren vor allem auf eine Zunahme im Bereich der atypischen Arbeit – insbesondere im Bereich der weiblichen Teilzeitarbeit – zurückzuführen ist. Atypische Arbeit führt jedoch dazu, dass die Absicherung im Bereich der sozialen Sicherung zum Beispiel im Falle von Arbeitslosigkeit zumeist unzureichend ist. Dies schlägt sich u.a. in niedrigeren Leistungen beim Arbeitslosengeld und bei der Notstandshilfe nieder.

Beschäftigungszuwachs der letzten Jahre beruht v.a. auf Zunahme atypischer Beschäftigung ...

... und Verlust von Normalarbeitsverhältnissen

Die unten angeführte Tabelle 1 verdeutlicht diese Entwicklung. Von 2008 – dem Jahr vor Ausbruch der Wirtschafts- und Finanzmarktkrise – bis 2013 erhöhte sich zwar die Zahl der unselbständigen Beschäftigungsverhältnisse um rund 92.200 bzw. 2,6 Prozent. Es erfolgte jedoch ein Verlust an Normalarbeitsverhältnissen von rund 61.500. Dem gegenüber stand ein starker Anstieg an Teilzeitarbeit um mehr als ein Fünftel bzw. um 123.500 Arbeitsverhältnisse ab 12 h/Woche.

Dadurch wird ersichtlich, dass Beschäftigungswachstum auf den starken Anstieg an Teilzeitarbeit zurückzuführen ist. „Weiters kam es auch zu einer stetigen Ausdehnung bei Befristungen. Lediglich freie Dienstverträge wiesen eine rückläufige Entwicklung auf. Am stärksten reagierten Leiharbeitsverhältnisse auf wirtschaftliche Auf- bzw. Abschwünge.“⁵

Tabelle 1: Beschäftigungsentwicklung unselbständig Erwerbstätiger, in 1.000

in 1.000	2008	2009	2010	2011	2012	2013	Diff. 2008/2013	Diff. 2012/2013
Insgesamt	3.528,0	3.532,3	3.532,9	3.574,3	3.627,3	3.620,2	92,2	-7,1
davon:								
Normalarbeitsverh.	2.528,7	2.488,1	2.459,7	2.477,4	2.494,7	2.467,2	-61,5	-27,5
Atypisch								
Teilzeit	592,2	636,9	649,3	653,4	693,2	715,8	123,5	22,6
sonstige Formen	407,0	407,2	423,9	443,5	439,4	437,2	30,1	-2,2

Quelle: Statistik Austria, Mikrozensus-AKE (Erwerbstätigkeit liegt vor, wenn in der Bezugswoche mindestens eine Stunde gearbeitet wird), Normalarbeitsverhältnis = unbefristete Anstellung auf Vollzeitbasis

Teilzeit = ab 12 h/Woche, sonstige Formen = geringfügige Beschäftigung, Befristung, Leiharbeit, freier Dienstvertrag

atypisch Beschäftigte haben erhöhtes Arbeitslosigkeitsrisiko

Die zunehmende „Atypisierung“ der Arbeitswelt ist somit belegbar. Besonders problematisch ist auch, dass insbesondere atypisch Beschäftigte einem viel höheren Risiko ausgesetzt sind, arbeitslos zu werden. Dies verdeutlichen auch die Daten einer Befragung von IFES und SORA im Auftrag der Arbeiterkammer Wien.⁶ Die größte Gruppe der befragten Arbeitslosen war in den letzten fünf Jahren vorwiegend atypisch beschäftigt. Das sind

rund 42 Prozent der Befragten. Nur rund ein Drittel war in einem Normalarbeitsverhältnis, das heißt Vollzeit und ausschließlich unbefristet beschäftigt. Man kann daher annehmen, dass die Betroffenheit von Arbeitslosigkeit im Laufe eines Arbeitslebens bei dieser Gruppe der Beschäftigten steigen wird.

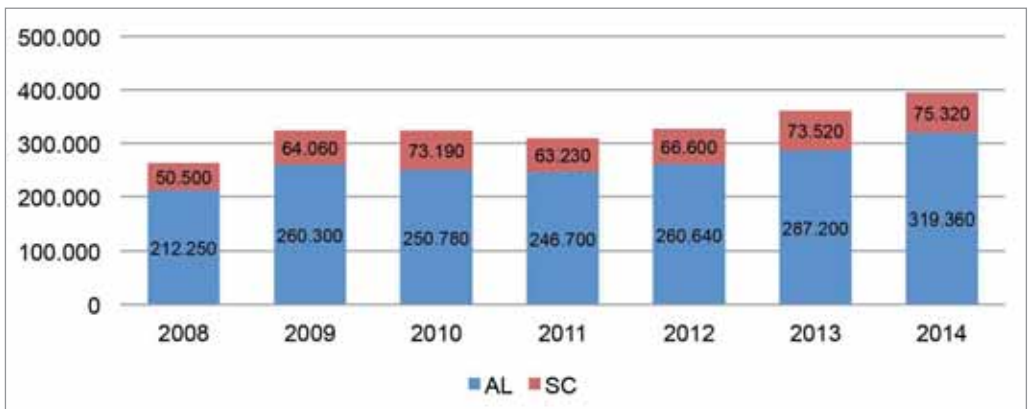
2.2 Starker Anstieg und partielle Verfestigung von Arbeitslosigkeit

Leider ist auch die Entwicklung der Arbeitslosigkeit in Österreich mehr als dramatisch verlaufen. Von 2008 bis 2014 ist österreichweit ein Anstieg um rund 132.000 Menschen bzw. um 50 Prozent (inklusive SchulungsteilnehmerInnen) zu verzeichnen. Im Jahr 2014 waren somit fast 400.000 Menschen arbeitslos oder in einer Schulungsmaßnahme.

Problematisch ist auch, dass trotz eines überdurchschnittlichen Anstiegs an arbeitslosen Menschen die Zunahme an Schulungen rückläufig ist. Gab es 2009 und 2010 noch einen kräftigen Anstieg in diesem Bereich, so ist ab dem starken Rückgang 2011 ein viel geringeres Wachstum in diesem Bereich zu verzeichnen.

*problematisch:
trotz erhöhter
Arbeitslosigkeit
Rückgang bei
Schulungen*

Grafik 1: Arbeitslose und Personen in Schulungen im Zeitverlauf



Quelle: AMS OÖ, eigene Darstellung, gerundete Werte; AL = Arbeitslose, SC = Personen in Schulungen

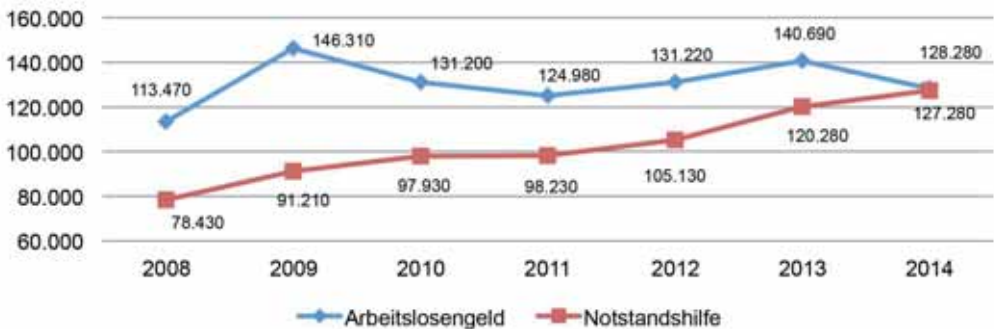
Analysiert man den Bezug von ausgewählten Leistungsarten im Bereich der Arbeitslosenversicherung – wie das Arbeitslosengeld (AIG), die Notstandshilfe (NH) oder den Pensionsvorschuss –, so sind folgende Entwicklungen erkennbar:

*Bereich der
Notstandshilfe
explodiert*

Während die Zahl der ArbeitslosengeldbezieherInnen – nach einem kräftigen Anstieg ab 2008 – rückläufig (ausgenommen 2012 und 2013) ist, explodiert jene im Bereich der Notstandshilfe (siehe Grafik 2).

Von 2008 bis 2014 erhöhte sich die Zahl der AIG-BezieherInnen um rund 14.800 bzw. um 13 Prozent, jene der NH-BezieherInnen stieg jedoch um weit mehr, nämlich um 48.800 Menschen bzw. um 62 Prozent.

Grafik 2: Entwicklung von Arbeitslosengeld- und Notstandshilfe-BezieherInnen



Quelle: AMS OÖ, eigene Darstellung, gerundete Werte

Dies ist darauf zurückzuführen, dass ein großer Teil der arbeitslosen Menschen längere Zeit in der Arbeitslosigkeit verbleiben muss, da es für sie aufgrund der angespannten Lage auf dem Arbeitsmarkt keinen Arbeitsplatz gibt.

*Bezug von
Notstandshilfe
setzt Notlage
voraus ...*

Notstandshilfe wird nämlich erst nach Ablauf des Arbeitslosengeldbezugs gewährt. Weiters ist für den Bezug von Notstandshilfe Voraussetzung, dass eine Notlage vorliegt. Diese wird rechtlich so beurteilt, dass das PartnerInneneinkommen unter Berücksichtigung von bestimmten Freibeträgen auf den fiktiven Notstandshilfe-Anspruch angerechnet wird. In vielen Fällen entfällt dadurch die Leistung gänzlich oder ein geringerer Bezug ist die Folge.

Im Jahr 2014 wurde durch diese Einkommensanrechnung in rund 16.400 Fällen österreichweit keine Notstandshilfe gewährt oder

der Bezug mangels Notlage eingestellt. Exakt 13.478 Frauen waren 2014 von dieser Einstellung bzw. Leistungsablehnung betroffen. Dies sind rund 83 Prozent aller Betroffenen.

... Frauen von Leistungsablehnung besonders betroffen

Beachtlich ist, dass trotz dieser automatischen Reduktion der NotstandshilfebezieherInnen durch die PartnerInneneinkommensanrechnung immer noch ein so hoher Anstieg im Bereich der Notstandshilfe zu verzeichnen ist. Dies kann auf eine starke Zunahme bei den männlichen BezieherInnen zurückgeführt werden.

Arbeitslosigkeit hat sich somit für bestimmte Gruppen wie zum Beispiel gering Qualifizierte, Ältere, Menschen mit gesundheitlichen Einschränkungen etc. verfestigt. Dies manifestiert sich auch in einem stetigen Anstieg der Vormerkdauer beim Arbeitsmarktservice (AMS). Auch der mehr als doppelt so hohe Anstieg an Langzeitbeschäftigungslosen⁷ von rund 54.000 im Jahr 2008 auf über 119.000 Menschen 2014 ist ein weiteres Anzeichen für diese prekäre Entwicklung.

Arbeitslosigkeit hat sich bei bestimmten Gruppen verfestigt

Hervorzuheben ist auch die Entwicklung bei der Anzahl an Pensionsvorschuss-BezieherInnen, also jener Menschen, die unter bestimmten Voraussetzungen vom AMS eine Leistung erhalten bis zur ersten Feststellung, ob eine Pension gebührt. Diese Zahl reduzierte sich von 2008 bis 2014 massiv. Während von 2008 bis 2011 ein kontinuierlicher Anstieg zu verzeichnen war, sank der BezieherInnenkreis ab 2013 stark.

Bezogen im Jahr 2008 noch rund 19.000 Menschen einen Pensionsvorschuss, so waren es im Jahr 2014 lediglich 2.550 Personen. Dies ist ein Rückgang um gewaltige 87 Prozent. Der Hauptgrund für diese Reduktion ist eine massive rechtliche Einschränkung des Leistungszugangs. Dies führt dazu, dass vormalige potentielle BezieherInnen entweder gänzlich aus der Arbeitslosenversicherung herausfallen oder nunmehr dem Kreis der NotstandshilfebezieherInnen zuzuordnen sind. Die Arbeitsmarktintegration erweist sich zumeist für ältere und/oder gesundheitlich eingeschränkte Menschen nicht einfach. Für diese Menschen ist es sehr schwer, eine nachhaltige Beschäftigung zu finden.

Leistungszugang zu Pensionsvorschuss wurde massiv eingeschränkt

Grafik 3: BezieherInnen von Pensionsvorschuss von 2008 bis 2014



Quelle: AMS OÖ, eigene Darstellung, gerundete Werte

Diese Veränderungen im Bereich der Leistungsarten haben natürlich auch schwerwiegende Auswirkungen auf das Leistungsniveau und somit auch auf die betroffenen Familien, auf die Kaufkraft der Menschen, ihr Konsumverhalten bzw. ihre -möglichkeiten und letztendlich auf die gesamte wirtschaftliche Lage.

3. Soziale Absicherung im Falle von Arbeitslosigkeit in Österreich

Leistungen im Rahmen der Arbeitslosenversicherung gebühren, wenn die rechtlich vorgeschriebenen Versicherungszeiten vorliegen und die Person der Arbeitsvermittlung zur Verfügung steht.

Ausreichende Versicherungszeiten liegen gemäß Arbeitslosenversicherungsgesetz beispielsweise vor, wenn bei einer erstmaligen Antragstellung und einem Alter von über 25 Jahren 52 Wochen einer arbeitslosenversicherungspflichtigen Beschäftigung innerhalb von 24 Monaten vorliegen. Für jüngere Personen bis zum 25. Lebensjahr reichen 26 Wochen innerhalb eines Jahres.

Das Arbeitslosengeld gewährt dann je nach Alter und erworbenen Versicherungszeiten von 20 bis 52 bzw. maximal 78 Wochen (nach Absolvierung einer beruflichen Maßnahme der Rehabilitation). Nach Auslaufen des ALG-Bezugs kann bei Vorliegen einer Notlage auf Antrag Notstandshilfe gewährt werden.

Die Höhe des Arbeitslosengeldes beträgt generell 55 Prozent des täglichen Nettoeinkommens und kann durch einen sogenannten Familienzuschlag in der Höhe von € 0,97 täglich und einem sogenannten Ergänzungsbetrag – bei einer sehr geringen Leis-

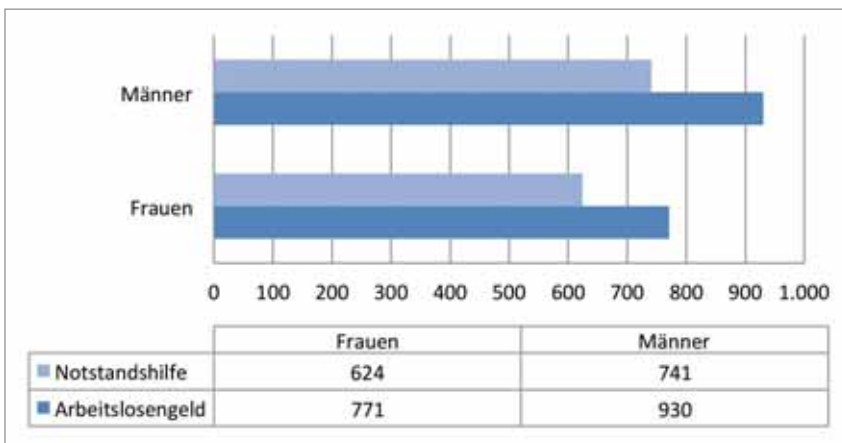
tungshöhe – bis auf maximal 60 bzw. 80 Prozent des täglichen Nettoeinkommens erhöht werden.

Betrachtet man die tatsächlichen durchschnittlichen Leistungshöhen, so wird ersichtlich, dass diese zumeist sehr gering sind und nicht dazu führen, den Lebensstandard der Betroffenen ausreichend zu erhalten. Insbesondere bei Teilzeitbeschäftigten – dies sind vor allem Frauen – führt die sehr geringe Nettoersatzrate von 55 bzw. maximal 60/80 Prozent dazu, dass die Höhe des Arbeitslosengeldes nicht existenzsichernd ist. Aber auch bei Beschäftigten im Niedriglohnbereich sind geringe soziale Sicherungsleistungen die Folge.

Leistungshöhen meist nicht ausreichend, um Lebensstandard zu erhalten

Beispielsweise lag das durchschnittliche Arbeitslosengeld im Jahr 2013 in Österreich bei € 864 pro Monat. Frauen erhielten € 771 und Männer € 930 monatlich. Die Notstandshilfe war um fast ein Fünftel geringer und lag bei rund € 700. Frauen erhielten gar nur € 624 und Männer rund € 741 im Monat. Diese Werte verdeutlichen, dass arbeitslose Menschen mit ihrem Einkommen kaum ein Auskommen finden, Frauen besonders betroffen sind und das Armutsrisiko bei Arbeitslosigkeit sehr hoch ist.

Grafik 4: Durchschnittliche Höhe des Arbeitslosengeldes und der Notstandshilfe in Österreich im Jahr 2013, in € pro Monat



Quelle: AMS, eigene Berechnungen (Tagsatz mal 30)

Leistungshöhen bei Arbeitslosigkeit oft unter Armutsschwelle ...

Vergleicht man die Leistungshöhen bei Arbeitslosigkeit mit der aktuellen Armutsgefährdungsschwelle⁸ in der Höhe von € 1.104 netto pro Monat (zwölfmal pro Jahr) bei einem Einpersonenhaushalt, so wird ersichtlich, dass die Leistungen im Falle von Arbeitslosigkeit bei vielen unter dieser Armutsschwelle liegen. Diese „Armutsgefährdungsquote bei 60 Prozent des Medians“ beschreibt den Anteil jener Personen, deren äquivalisierte Haushaltseinkommen unter der nach EU-Konvention bei 60 Prozent des Medians festgelegten Armutsgefährdungsschwelle liegt.

Gibt es beispielsweise in einer Familie keine weiteren Einkommen aus Erwerbsarbeit, sozialer Sicherung etc. – die ausreichend vor Armut schützen – so führt dies bei einem Haushalt mit arbeitslosen Personen unter Umständen zu „workless poor“ – also zu „Armut durch Arbeitslosigkeit“.

Ein besonders hohes Armutsrisiko haben Arbeitslose, je länger sie in der Arbeitslosigkeit verbleiben. Insbesondere bei ganzjähriger Arbeitslosigkeit sind rund 50 Prozent – das sind 63.000 Menschen österreichweit – armutsgefährdet. Aber auch bei einer Arbeitslosigkeit bis zu maximal fünf Monaten sind 17 Prozent dieser Arbeitslosen von Einkommensarmut betroffen.⁹

Tabelle 2: Armutsgefährdungsquoten von Arbeitslosen im Jahr 2013

Dauer der Arbeitslosigkeit	in 1.000	Armutsquote in %
1–5 Monate	45	17
6–11 Monate	55	45
ganzjährig	63	46

Quelle: Statistik Austria, EU-SILC 2013, Ö-Werte, Arbeitslosigkeit im Referenzjahr 2012, S. 69

... als Folge zu geringer Erwerbseinkommen vor der Arbeitslosigkeit

Eine Ursache für diese hohe Armutsbetroffenheit sind natürlich die zu geringen Erwerbseinkommen vor der Arbeitslosigkeit, aber auch die mangelnde Absicherung im Rahmen der Arbeitslosenversicherung, die keine Abfederung bei zu geringen Einkommen vorsieht, und die Anrechnung des PartnerInneneinkommens im Bereich der Notstandshilfe. Ferner kommt hinzu, dass keine Va-

lorisierung der Arbeitslosenversicherungsleistungen vorgesehen ist, das heißt die Bezugshöhen sinken im Zeitverlauf, da keine Anpassung an die Entwicklung der Inflation vorgesehen ist. Dies trifft vor allem jene, die länger im Bezug verbleiben müssen.

Diese geringen Bezugshöhen bedingen, dass viele arbeitslose Menschen eine Aufzählung im Rahmen der Bedarfsorientierten Mindestsicherung (BMS) benötigen. Beispielsweise bezogen in Wien 60 Prozent der 16- bis 60/65-Jährigen bzw. rund 29.000 BMS-BezieherInnen neben der BMS-Unterstützung eine Leistung aus der Arbeitslosenversicherung bzw. des AMS.¹⁰ Da die BMS eine soziale Leistung ist, die in die Kompetenz der Bundesländer fällt, wird dadurch zunehmend die soziale Absicherung auf die Ebene der Länder verlagert. Darüber hinaus ist die BMS eine bedürftigkeitsgeprüfte Leistung; ob eine Leistung gebührt, hängt von der gesamten Einkommens- und Vermögenssituation eines Haushalts ab und es ist unerheblich, ob und wie lange Beitragszahlungen im Rahmen der Arbeitslosenversicherung erfolgt sind.

geringe Bezugshöhen erfordern oftmals Aufzählung aus Bedarfsorientierter Mindestsicherung (BMS)

3.1 Nettoersatzraten im Vergleich

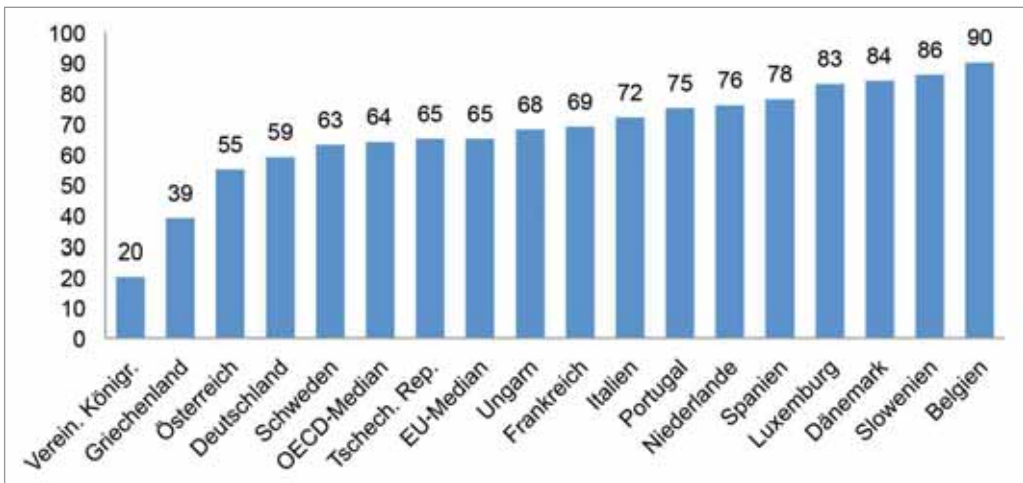
Vergleicht man die sogenannten Nettoersatzraten – also die Höhe der sozialen Sicherung bei Arbeitslosigkeit in Relation zum davor bezogenen Einkommen – so wird ersichtlich, dass Österreich mit einer Nettoersatzrate in der Höhe von 55 bis maximal 60/80 Prozent des täglichen Nettoeinkommens im EU-Vergleich im unteren Bereich rangiert, insbesondere dann, wenn man die Nettoersatzraten bei Arbeitslosigkeit von Menschen mit einem geringen Einkommen heranzieht.

Österreich rangiert bei Nettoersatzrate im unteren EU-Bereich

Österreich liegt in dieser OECD-Aufstellung¹¹ mit dieser Quote hinter dem Vereinigten Königreich und Griechenland mit signifikant sehr niedrigen Nettoersatzraten in der Höhe von 20 bzw. 39 Prozent. Die höchsten Quoten weisen Belgien, Slowenien, Dänemark und Luxemburg in der Höhe von über 80 bis 90 Prozent auf. Auch der Medianwert aller EU-Länder bzw. auch jener der OECD liegt mit 64 bzw. 65 Prozent über der österreichischen Nettoersatzrate. Eine Annäherung an eine höhere Rate beispielsweise von 75 Prozent ist somit in Österreich mehr als notwendig. Dadurch könnte natürlich auch das Armutsrisiko der Betroffenen gesenkt werden.

Ebenso ist hervorzuheben, dass neben der Höhe der Leistung im Bezugsverlauf auch die Dauer des Bezugs wesentlich ist. Beispielsweise gebührt in Deutschland nach Auslaufen des Arbeitslosengeldes I – nach 12 bzw. maximal 24 Monaten bei Älteren –, die bedürftigkeitsgeprüfte und zumeist niedrigere Leistung Arbeitslosengeld II bzw. die sogenannte „Hartz IV“-Leistung.

Grafik 5: Nettoersatzraten bei Arbeitslosigkeit im Vergleich, 2013



Quelle: OECD Indicators, Benefits and Wages, Net Replacement Rates for a single person, no children, initial phase of unemployment, 67 % of Average Wage (AW)

3.2 Zufriedenheit der Betroffenen

Die mangelnde Existenzsicherung im Falle von Arbeitslosigkeit wird auch bei Befragungen von Arbeitslosen verdeutlicht: Je länger die Arbeitslosigkeit andauert, desto dramatischer wird die soziale und finanzielle Lage der Betroffenen.

44% geben an, dass sie ihre Ausgaben nicht decken können

Laut einer Befragung von IFES und SORA geben 44 Prozent der Befragten arbeitslosen Menschen an, dass sie trotz umfassender privater Sparmaßnahmen und Strategien ihre Ausgaben mit den ihnen in der Arbeitslosigkeit zur Verfügung stehenden finanziellen Mitteln nicht decken konnten. Rund ein Drittel gibt sogar an, mit Zahlungen in Verzug gekommen zu sein. Vor allem der Wegfall des Arbeitslosengeldes kann nicht mehr durch die Notstandshilfe oder die Mindestsicherung gedeckt werden. Einsparungen, Ausgabenreduktionen, Geldausleihungen und

Zahlungsverzögerungen sind langfristig nicht haltbar, sondern sind nur kurz- oder maximal mittelfristig als Strategien zur Existenzsicherung möglich.¹²

Laut dieser Studie wird auf eine Form der „doppelten Diskriminierung“ geschlossen, da bei der sozialen Sicherung durch die Einkommensabhängigkeit der Sozialleistungen Statusunterschiede fortgeschrieben werden, die bereits am Arbeitsmarkt existieren. Personen, die in der Erwerbstätigkeit häufiger mit finanziellen Problemen zu kämpfen hatten, weisen auch in der Arbeitslosigkeit eine drastisch höhere Armutsgefährdung auf.¹³

*„doppelte
Diskriminierung“*

Weiters berichten sieben von zehn Befragten, dass sich die Arbeitslosigkeit neben der finanziellen Lage auch auf ihr gesamtes Leben negativ ausgewirkt hat, etwa auf die sozialen Kontakte, die Beziehung zu Familie und PartnerIn oder die Wohnsituation. Besonders negativ wirkt sich die Arbeitslosigkeit auf Langzeitarbeitslose und ältere Personen, vor allem Frauen aus. 53 Prozent aller Langzeitarbeitslosen gehen laut dieser Befragung von schlechteren beruflichen Chancen aus, 47 Prozent berichten von einem schlechteren gesundheitlichen Wohlbefinden durch die Arbeitslosigkeit.¹⁴

Diese Ergebnisse verdeutlichen die gravierenden Auswirkungen von Arbeitslosigkeit auf die finanzielle, soziale, aber auch gesundheitliche Situation der Betroffenen.

*umfassende
gravierende
Auswirkung von
Arbeitslosigkeit*

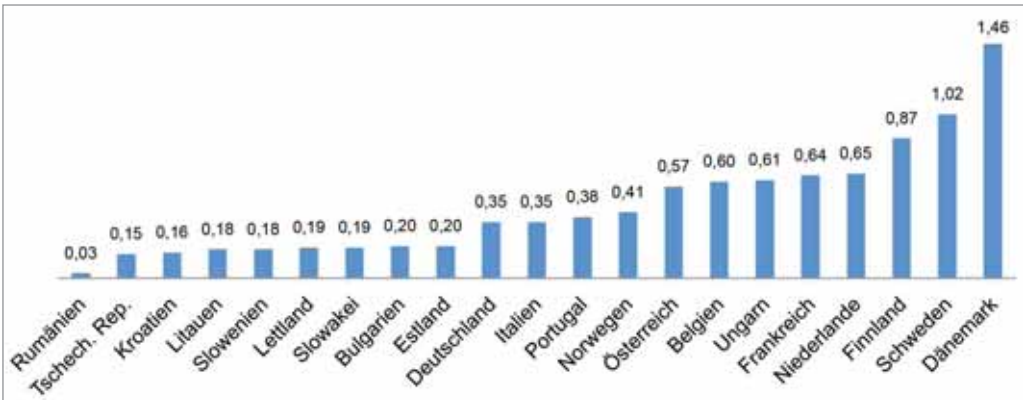
Neben dem Arbeitslosengeld und der Notstandshilfe sind aber auch arbeitsmarktpolitische Unterstützungsangebote in Form von Beratung, Qualifizierung und Beschäftigung relevant, um die Re-Integration der Menschen in das Arbeitsleben zu fördern. Gerade in diesem Bereich hat es – trotz eines massiven Anstiegs der Arbeitslosigkeit – beträchtliche Einschnitte und Änderungen im Hinblick auf die künftige Ausgestaltung gegeben bzw. sind diese künftig zu erwarten.

4. Aktive Arbeitsmarktpolitik als ein relevanter Faktor

Betrachtet man die aktuell verfügbaren Daten zu den arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen auf EU-Ebene, so wird ersichtlich, dass Österreich in diesem Ranking im guten mittleren Bereich liegt.

Laut der folgenden Aufstellung liegen die Ausgaben für die aktive Arbeitsmarktpolitik (AMP) bzw. für arbeitsmarktpolitische Maßnahmen im Jahr 2012 bei 0,57 Prozent des BIP. Länder wie Dänemark, Schweden oder Finnland investieren jedoch fast doppelt bzw. dreimal so viel. Am geringsten sind die AMP-Ausgaben in Rumänien, in der Tschechischen Republik, in Kroatien, in Litauen und in Slowenien.

Grafik 6: Ausgaben für arbeitsmarktpolitische Maßnahmen in Prozent des BIP, 2012

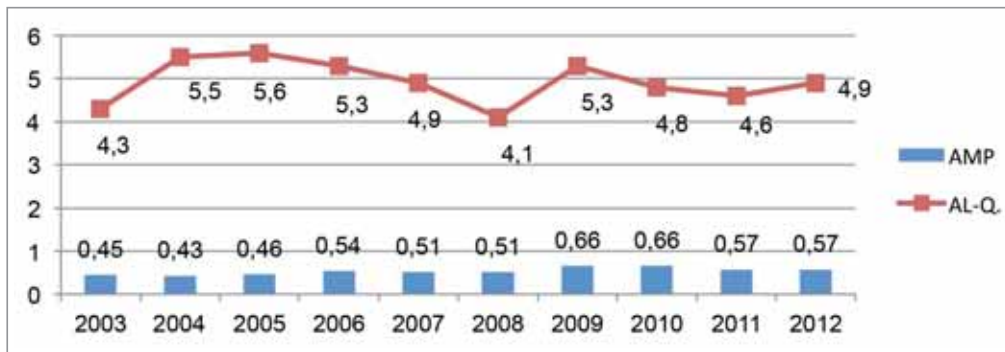


Quelle: Eurostat, 07/2014

Erhöhung der AMP-Ausgaben hat positive Wirkung auf Arbeitslosigkeitsquote ...

Betrachtet man die Relation zwischen den AMP-Ausgaben in Prozent des BIP und der Entwicklung der Arbeitslosenquote in diesem Zeitraum, so ist beispielsweise für Österreich erkennbar, dass ein Anstieg der Mittel im Bereich der AMP positive Auswirkungen auf die Arbeitslosenquote hat. Ein positiver Zusammenhang ist zum Beispiel in den Jahren 2010 bis 2011 erkennbar. Weiters konnte im Jahr 2009, dem Ausbruch der Wirtschafts- und Finanzmarktkrise, ein noch stärkerer Anstieg der Arbeitslosigkeit durch Investitionen in diesem Bereich abgewendet werden.

Grafik 7: AMP-Ausgaben in % des BIP und Arbeitslosenquoten im Zeitverlauf in Österreich



Quelle: Eurostat, 07/2014, AMP = Ausgaben für arbeitsmarktpolitische Maßnahmen in Prozent des BIP

AL-Q. = Arbeitslosenquote. Die Arbeitslosenquote ist der Anteil der Arbeitslosen an der Erwerbsbevölkerung. Zu den Arbeitslosen zählen alle Personen von 15 bis 74 Jahren, die während der Berichtswoche ohne Arbeit waren, die gegenwärtig für eine Beschäftigung verfügbar bzw. die aktiv auf Arbeitssuche waren.

Leider ist jedoch ein besorgniserregender Rückgang in diesem Bereich zu verzeichnen und für die nächsten Jahre – insbesondere ab 2018 – wird es laut derzeit gültigem Budgetpfad empfindlichere Einschnitte bei den AMS-Mitteln geben. Damit würden dem AMS ab 2018 sogar nur mehr €900 Mio. zur Verfügung stehen. Aktuell (2015) liegen diese Mittel bei €1,140 Mrd. Dadurch wird der Spielraum für den Bereich der aktiven Arbeitsmarktpolitik massiv eingeschränkt.

... trotzdem werden Mittel gekürzt ...

Erste konkrete Einschnitte sind bereits jetzt spürbar beispielsweise bei den Sozialökonomischen Betrieben, bei Gemeinnützigen Beschäftigungsprojekten, bei Qualifizierungsmaßnahmen wie Kurskostenförderungen etc. Weiters ist auch mit einer Veränderung im AMS in Hinblick auf die Vergabe der Fördermittel zu rechnen, da weniger budgetäre Mittel verfügbar sind. Einsparungen in diesem Bereich sind jedoch der falsche Weg, da die angespannte Lage auf dem Arbeitsmarkt und auch die künftigen Herausforderungen im Bereich der Qualifizierung mehr Mittel bedingen.

... erste Einschnitte bereits jetzt spürbar

5. Resümee

*Situation am
Arbeitsmarkt er-
fordert massive
Aufstockung der
AMS-Mittel*

Abschließend ist zu konstatieren, dass die Arbeitslosigkeit in Österreich beachtlich hoch ist und auch zunehmend mehr Menschen während ihres Erwerbslebens damit konfrontiert sind bzw. sein werden. Problematisch ist, dass die soziale Sicherung in diesem Bereich unzureichend ist, insbesondere bei Personen mit einem geringen Einkommen. Ebenso sind die finanziellen Mittel im Bereich der aktiven Arbeitsmarktpolitik unzureichend. Die Folge ist, dass zunehmend weniger arbeitslose Menschen von Maßnahmen im Bereich der aktiven Arbeitsmarktpolitik profitieren werden. Verschlechtert man jedoch den Zugang zu diesen Angeboten, so verschärft man die Lage speziell von arbeitsmarktfernen Menschen beträchtlich und verhindert eine nachhaltige Arbeitsmarktintegration bzw. verfestigt Armuts- und Ausgrenzungsrisiken. Notwendig ist daher, dass sowohl die Existenzsicherung bei Arbeitslosigkeit als auch die Mittel im Bereich der aktiven Arbeitsmarktpolitik verbessert werden. Es bedarf eines bedarfsgerechten Aufstockens der AMS-Mittel, der Möglichkeit eines flexibleren Mitteleinsatzes und der Gewährleistung einer stabilen und konjunkturunabhängigen Förderung von Qualifizierung und geförderter Beschäftigung im sozialökonomischen und/oder gemeinnützigen Bereich. Einsparungen oder gar ein Rückbau im Bereich der Arbeitsmarktpolitik sind definitiv der falsche Weg.¹⁵

Anmerkungen

1. WIFO, Konjunkturprognose März 2015
2. Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger: Statistische Daten aus der Sozialversicherung, Beschäftigte in Österreich, Jahresdurchschnitt 2014
3. Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger: Statistische Daten aus der Sozialversicherung, Geringfügig Beschäftigte, Geringfügig freie Dienstverträge, Jahresdurchschnitt 2014
4. Knittler, Käthe (2014): Atypische Beschäftigung im Jahr 2013, in: Statistische Nachrichten, 5/2014, S. 374 ff.
5. Knittler, Käthe (2014): Atypische Beschäftigung im Jahr 2013, in: Statistische Nachrichten, 5/2014, S. 374
6. Schönherr, Daniel / Hacker, Evelyn / Hofinger, Christoph / Michenthaler, Georg (2014), Existenzsicherung bei Arbeitslosigkeit. Individuelle Strategien zur Existenzsicherung bei Arbeitslosigkeit in Wien. Wien, S 14 ff.
7. Arbeitslose (inkl. Schulungs- und Lehrstellensuchende etc.), die länger als 365 Tage arbeitslos sind, ohne eine Unterbrechung von mehr als 62 Tagen.
8. Statistik Austria, Tabellenband EU-SILC 2013, Einkommen, Armut und Lebensbedingungen, 2014, S. 9 ff.
9. Arbeiterkammer OÖ, Daten & Fakten: Hohes Armutsrisiko durch Arbeitslosigkeit

keit, Dezember 2014

10. Pratscher, Kurt (2014): Bedarfsorientierte Mindestsicherung der Bundesländer im Jahr 2013, in: Statistische Nachrichten, 12/2014, S. 920 ff.
11. OECD Indicators: Benefits and Wages, 03/2015
12. Schönherr, Daniel / Hacker, Evelyn / Hofinger, Christoph / Michenthaler, Georg (2014): Existenzsicherung bei Arbeitslosigkeit. Individuelle Strategien zur Existenzsicherung bei Arbeitslosigkeit in Wien. Wien, S. 6 ff.
13. Schönherr, Daniel / Hacker, Evelyn / Hofinger, Christoph / Michenthaler, Georg (2014): Existenzsicherung bei Arbeitslosigkeit. Individuelle Strategien zur Existenzsicherung bei Arbeitslosigkeit in Wien. Wien, S. 7.
14. Schönherr, Daniel / Hacker, Evelyn / Hofinger, Christoph / Michenthaler, Georg (2014): Existenzsicherung bei Arbeitslosigkeit. Individuelle Strategien zur Existenzsicherung bei Arbeitslosigkeit in Wien. Wien, S. 9.
15. Arbeiterkammer Wien, Arbeitsmarkt im Fokus, Arbeitsmarktanalyse des 2. Halbjahres 2014, S. 26 ff.

Literatur

- Arbeiterkammer Wien: Arbeitsmarkt im Fokus, Arbeitsmarktanalyse des 2. Halbjahres 2014
- Arbeitsmarktservice Österreich: Übersicht über den Arbeitsmarkt, März 2015/2008
- Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger: Statistische Daten aus der Sozialversicherung, Beschäftigte in Österreich, Jahresdurchschnitt 2014
- Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger: Statistische Daten aus der Sozialversicherung, Geringfügig Beschäftigte, Geringfügig freie Dienstverträge, Jahresdurchschnitt 2014
- Knittler, Käthe (2014): Atypische Beschäftigung im Jahr 2013, in: Statistische Nachrichten, 5/2014, S. 374 ff.
- OECD Indicators: Benefits and Wages, 03/2015
- Pratscher, Kurt (2014): Bedarfsorientierte Mindestsicherung der Bundesländer im Jahr 2013, in: Statistische Nachrichten, 12/2014, S. 920 ff.
- Schönherr, Daniel / Hacker, Evelyn / Hofinger, Christoph / Michenthaler, Georg (2014): Existenzsicherung bei Arbeitslosigkeit. Individuelle Strategien zur Existenzsicherung bei Arbeitslosigkeit in Wien. Wien
- Statistik Austria: Tabellenband EU-SILC 2013, Einkommen, Armut und Lebensbedingungen, 2014, Wien
- Wirtschaftsforschungsinstitut: Konjunkturprognose März 2015, Hauptergebnisse

INSTITUT FÜR SOZIAL- UND WIRTSCHAFTSWISSENSCHAFTEN

WISO

WIRTSCHAFTS-UND SOZIALPOLITISCHE ZEITSCHRIFT

Die Zeitschrift WISO wird vom Institut für Sozial- und Wirtschaftswissenschaften (ISW) herausgegeben. Sie dient der Veröffentlichung neuer sozial- und wirtschaftswissenschaftlicher Erkenntnisse sowie der Behandlung wichtiger gesellschaftspolitischer Fragen aus Arbeitnehmersicht.

Lohnpolitik, soziale Sicherheit, Arbeitsmarkt und Arbeitslosigkeit, Arbeit und Bildung, Frauenpolitik, Mitbestimmung, EU-Integration - das sind einige der Themen, mit denen sich WISO bereits intensiv auseinandergesetzt hat.

WISO richtet sich an BetriebsrätInnen, GewerkschafterInnen, WissenschaftlerInnen, StudentInnen, Aktive in Verbänden, Kammern, Parteien und Institutionen sowie an alle, die Interesse an Arbeitnehmerfragen haben.

Erscheinungsweise: vierteljährlich

Preise:* Jahresabonnement EUR 22,00 (Ausland EUR 28,00)
 Studenten mit Inskriptionsnachweis EUR 13,00
 Einzelausgabe EUR 7,00 (Ausland EUR 12,00)

(* Stand 2005 - Die aktuellen Preise finden Sie auf unserer Homepage unter www.isw-linz.at)

Wir laden Sie ein, kostenlos und ohne weitere Verpflichtungen ein WISO-Probeexemplar zu bestellen. Natürlich können Sie auch gerne das WISO-Jahresabonnement anfordern.

Informationen zum ISW und zu unseren Publikationen - inklusive Bestellmöglichkeit - finden Sie unter www.isw-linz.at.



BESTELLSCHEIN*

Bitte senden Sie mir kostenlos und ohne weitere Verpflichtungen

- 1 Probeexemplar der Zeitschrift WISO
 1 ISW Publikationsverzeichnis

Ich bestelle _____ Exemplare des WISO-Jahresabonnements (Normalpreis)

Ich bestelle _____ Exemplare des WISO-Jahresabonnements für StudentInnen mit Inskriptionsnachweis

* Schneller und einfacher bestellen Sie über das Internet: www.isw-linz.at

Name _____

Institution/Firma _____

Straße _____

Plz/Ort _____

E-Mail _____

BESTELLADRESSE:

ISW
 Volksgartenstraße 40, A-4020 Linz
 Tel. ++43/732/66 92 73
 Fax ++43/732/66 92 73-28 89
 E-Mail: wiso@isw-linz.at
 Internet: www.isw-linz.at